

Der sanfte Einfluss der Bibliotheken

Die jährliche EBLIDA-Ratsversammlung und -Konferenz sowie die zweite gemeinsame EBLIDA-NAPLE-PL2030-Tagung fand in der Luxemburger Nationalbibliothek vom 17. bis 20. April 2023 statt.

Stephan Holländer

» Eine Agenda mit viel politischem Inhalt erwartete die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in den Räumen der Nationalbibliothek. Eine Themenwahl, die durch die Tatsache bestimmt war, dass Europarat und Europäische Union die Kultur und damit auch die Bibliotheken als Thema in ihre jeweiligen Beratungen und künftigen Politikplanungen aufnehmen möchten, und somit die Themen bereits vorgegeben hatten.



Die Luxemburger Nationalbibliothek war der Tagungsort der EBLIDA-Konferenz in diesem Jahr. (Foto © Stephan Holländer)

Am ersten Tag fanden jeweils getrennt die Vorstandssitzungen und statutarischen Mitgliederversammlungen von EBLIDA und NAPLE statt. Für die EBLIDA, das „European Bureau of Library, Information and Documentation Associations“, war dies der sogenannte „Council“, und für NAPLE, die Organisation „National Authority on Public Libraries in Europe“, die „General Assembly“, die eine gleiche Aufgabe hat. An den Beratungen der, auch für Nicht-Mitglieder öffentlichen, EBLIDA-Mitgliederversammlung wurde deutlich, dass die Inflation ihre Auswirkung auf das Finanzbudget haben wird, steigt doch die Budgetsumme von 150.000 Euro in diesem Jahr auf 168.410 Euro im kommenden Jahr. Bei dieser Ausgangslage wären weitere Mitglieder, im besten Falle nationale Verbände, aus Sicht des EBLIDA-Vorstands wünschenswert. Diesem steht seit der Satzungsänderung vom 10. Okto-

ber 2018 durch die EBLIDA, die damit ihre Tätigkeit neben der europäischen Union (EU) auch auf den Europarat ausgedehnt hat, formell nichts mehr im Wege, was auch die EBLIDA für Verbände aus Nicht-EU-Mitgliedsländern interessant machen könnte. Als wünschenswerte mögliche Neumitglieder wurden der Schweizer und der norwegische Verband genannt. Der norwegische Verband ist beispielsweise seit über einem Jahrzehnt dabei und daher erst seit 2018 Quasi-Vollmitglied, da Norwegen EWR-Mitglied ist. Auf der Versammlung wurde die Serbische Nationalbibliothek als Mitglied aufgenommen und war damit erstmalig vertreten.

Das kommende Jahr ist für EBLIDA auch ein Wahljahr. Einige der Vorstandsmitglieder unterliegen dann der Amtszeitbeschränkung, so dass 2024 auf der nächsten EBLIDA-Konferenz in Portugal ein großenteils neuer Vorstand gewählt werden muss, da die Vorstandsmitglieder einer Amtsperiode von maximal zwei Amtszeiten von drei Jahren unterliegen. So wird u.a. im kommenden Jahr in Portugal auch ein neuer Präsident zu wählen sein.

Am zweiten Tag fanden sich ca. 120 Teilnehmerinnen und Teilnehmer unter dem etwas provokativen Titel: „Wer hat Angst vor der sanften Kraft der Bibliotheken“ zur anschließenden EBLIDA-Konferenz ein. Diese Tagung mit sechs Workshops, die sich mit dem Einfluss von Bibliotheken auf die Gesellschaft beschäftigten: „Bibliotheken als starke Institutionen“, „Aktive Bürger“, „Sind Bibliotheken gut auf sozioökonomische und sicherheitspolitische Herausforderungen vorbereitet?“, „Wie können wir die Ziele für nachhaltige Entwicklung nutzen, um den Einfluss der Bibliotheken zu stärken?“, „Ermächtigung der Bürgerinnen und Bürger durch digitale Kompetenz“ und „Der europäische E-Lending-Gipfel“.

Eine stark politische Themenwahl, die aber durch die Tatsache vorgegeben war, dass Europarat und die Europäische Union die Kultur und damit auch die Bibliotheken als Thema in ihre jeweiligen Beratungen und künftigen Politikplanungen aufnehmen möchten. Daher galt es sich unter den Teilnehmenden darüber zu verständigen, was unter dem „Einfluss der Bibliotheken“ zu verstehen sei und wie deren Fähigkeit, auf Gemeinschaften einzuwirken und Einfluss auszuüben, genutzt werden könne,



Die Teilnehmer hören interessiert den Ausführungen von Ilona Kish (Public Library 2030) und Giuseppe Vitiello, (Direktor EBLIDA) auf dem Podium zu. (Fotos © Stephan Holländer)

um Dinge verändern zu können. Bibliotheken sollen und können die Gesellschaft verändern, und sie tun dies durch Information, Interaktion und Gespräche. Um dies erreichen zu können, müssen Bibliothekarinnen und Bibliothekare auch die rechtlichen und politischen Instrumente kennen, um an die entsprechenden Fördermittel zu kommen. Diese Fragen und Erfordernisse steckten den thematischen Rahmen ab, den es in den folgenden zwei Tagen zu beraten galt.

Der zweite Tag, für den EBLIDA verantwortlich war, begann mit einer Begrüßung durch den Direktor der Luxemburger Nationalbibliothek, Claude D. Conter, der darauf hinwies, dass die Gesetzgebung Luxemburgs das geltende Bibliotheksgesetz von 2010 aufgrund der Richtlinien des Europarates überarbeiten werde. Diese Richtlinien („Guidelines on Library Legislation and Policy in Europe“, DECS/CULT/POL/book, [2000] 1), vor zweieinhalb Jahren erstmals publiziert, werden in naher Zukunft in einer zweiten Fassung als „Recommendation on Library Legislation and Policy in Europe“ (am 05. April 2023 vom Ministerkomitee des Europarates verabschiedet), veröffentlicht. Als Empfehlung („Recommendation“) ist dies nicht nur eine rechtliche Begriffsänderung, sondern hat auch einen erhöhten Verpflichtungsgrad für die Mitgliedsländer.

Der ständige Vertreter Luxemburgs im Europarat, Patrick Engelberg, wies darauf hin, dass Werte wie Demokratie und Menschenrechte für den Europarat wichtig seien und dass Bibliotheken bei der Vermittlung dieser Werte eine wichtige Rolle spielen können. Er hob hervor, wie erfolgreich der Europarat auf dem Gebiet der Kulturpolitik sei.

Aber auch die Europäische Union arbeitet einen Plan für die Kulturförderung in den Jahren 2023–2026 aus, in dem erstmalig seit 20 Jahren der Begriff der Bibliothek genannt wird. Dies ist der Initiative der tschechischen Ratspräsidentschaft zu verdanken.

In einer Videoeinspielung aus den USA beschrieb Kent Oliver, ehemaliger Direktor der Öffentlichen Biblio-

thek in Nashville, wie sehr Öffentliche Bibliotheken in verschiedenen Staaten durch Interessengruppen unter Druck geraten sind. USA-weit gilt die Patmos-Bibliothek in Jamestown (Michigan) als Abschreckungsbeispiel. Deren Finanzierungsgrundlage wurde im Herbst 2022 durch eine Budget-Abstimmung der Bürger entzogen, da verschiedene rechtsgerichtete Gruppen Teile der Literaturbestände wegen deren LGBTQ-Inhalte kritisiert hatten, die in ihren Augen unerwünscht waren und so den Nutzerinnen und Nutzern der Bibliothek nicht (mehr) zur Verfügung gestellt werden sollten. Dies kann nicht nur in den USA geschehen, sondern auch in Europa. So wurde in einem Pausengespräch von einer irischen Kollegin berichtet, dass auch in Irland von Interessengruppen versucht werde, gewisse Kinderbücher mit der Begründung, sie würden den Jugendschutz verletzen und die LGBT-Community fördern, aus den Bibliotheken in Dublin zu entfernen. Die Bibliotheken sind jedoch der Auffassung, dass sie ein breites Bücherangebot zur Verfügung stellen wollen und dass es in der Verantwortung der Eltern liegt, welche Bücher ihre Kinder lesen sollen.

Steven de Waal untersuchte gemeinsam mit den Teilnehmenden, was Bibliotheken zu stärkeren demokratischen Institutionen machen kann. Die sozialen Medien verhindern die Pflege der Beziehungen auf breiter Basis im öffentlichen Raum, erklärte der Referent; die Bürger haben durch die neuen Medien andere Möglichkeiten, eine Teilnahme am öffentlichen Diskurs zu verlangen und ihrer Stimme Gehör zu verschaffen. Dies verändert den Kern unseres demokratischen Systems, seine politische Struktur, die öffentliche Führung und die Rolle der öffentlichen Einrichtungen. Was können Bibliotheken daraus lernen, und welche Rolle können sie dabei spielen?

In der Folge stellte Malgorzata Szlendak, Europäische Kommission „Kreatives Europa“ den EU-Arbeitsplan für Kultur 2023–2026 vor. Unter der Priorität b) hält dieser im Abschnitt „Kultur für die Menschen“ fest: „Brücken bauen: Stärkung der vielfältigen Rolle von Bibliotheken als Tore



Die Teilnehmer der EBLDA-Ratssitzung (Foto © Stephan Holländer)

zu und Vermittler von kulturellen Werken, Fähigkeiten und europäischen Werten.“ Die Referentin erläuterte, um was es bei diesem Plan ging und wie sich die Bibliotheksvertretungen an dessen Ausarbeitung beteiligen können. Die Erwartungen sollten aber nicht allzu hochgeschraubt werden, da die Beschlüsse im Plan für die Mitgliedsländer nicht verbindlich sind.

Wo die Grenzen und Möglichkeiten der Gesetzgebung liegen, zeigte ein gut strukturiertes Referat von Juha Manninen vom Finnischen Bibliotheksverband auf. Die skandinavischen Länder werden mit ihren Bibliotheksgesetzen ja gemeinhin als ideale Vorbilder gepriesen. Das finnische Bibliotheksgesetz von 2016 schreibt in seinen Einleitungsartikeln als neue Ziele die Chancengleichheit, das lebenslange Lernen und die Förderung des aktiven Bürgers fest. Jedoch werden weder Angaben zu den Beschäftigungszahlen in Bibliotheken, noch wie viele Bibliotheken im Land geschaffen werden sollen, gemacht. Die Tätigkeit der Öffentlichen Bibliotheken soll aber

durch ihre jeweiligen Gemeinden beurteilt werden. Derart ausgestaltet bewahrt das Gesetz die finnischen Bibliotheken nicht vor einem möglichen Niedergang, da nicht konkret gesagt wird, mit wie vielen Ressourcen sie diese Ziele erreichen sollen.

In einem weiteren Workshop wurden von Spaska Tarandova aus Bulgarien und Anna Maria Tamaro von der Universität Padua die Voraussetzungen sowie ein konkretes Projekt vorgestellt, wie Bibliothekarinnen und Bibliothekare durch eine Weiterbildung in digitaler Kompetenz Nutzer und Nutzerinnen ihrer Bibliotheken zur aktiven Teilnahme an der digitalen Welt bewegen können. Hierbei erstaunte der Umfang der konzipierten Weiterbildung, da es für den Schreibenden kaum vorstellbar ist, wie Mitarbeitende aus Bibliotheken für 460 Stunden Theorieunterricht, 25 Stunden Evaluation und 160 Stunden praktische Umsetzung freigestellt werden können.

Der EBLIDA-Präsident Ton van Vlimmeren, pensionierter Direktor der Öffentlichen Bibliothek von Utrecht und gegenwärtiger Präsident der EBLIDA, hatte am Ende des jeweiligen Programmtages die Aufgabe, die wesentlichen Punkte, die die Teilnehmenden mitnehmen sollten, noch einmal kurz zusammen zu fassen.

Am dritten Tag, der gemeinsam von EBLIDA, NAPLE und Public Library 2030 (PL2030 – früher PL2020) gestaltet wurde, ging es darum das Synergiepotential verschiedener anderer Organisationen neben EBLIDA und NAPLE vorzustellen, die dabei helfen können, für die Anliegen der Bibliotheken bei der EU und im Europarat Lobbyarbeit zu betreiben.

So stellte Ilona Kish vom eingetragenen Verein PL2030, einer kleinen, aber effizienten Lobbyorganisation aus Brüssel, die Tätigkeit ihrer Organisation vor und ging

Alle Teilnehmenden der EBLIDA, in der Mitte der ersten Reihe Ton van Vlimmeren, EBLIDA Präsident und der Gastgeber Claude Conter, Direktor der Luxemburger Nationalbibliothek

(Foto © Sven Muhlen)



auch darauf ein, wie die Anliegen der anwesenden Bibliotheksvertreterinnen und -vertreter in ihre Arbeit aufgenommen werden können. Es wurde allen Anwesenden deutlich, dass es ohne die Hilfe solcher Organisationen nicht möglich sein wird, den von der EU angestoßenen Arbeitsplan für die Kultur 2023–2026 mit den Anliegen der Bibliotheken zu ergänzen. Dies ist ein wichtiger Hinweis gerade auch für wissenschaftliche Bibliotheken, die sich hier auch einbringen können.

Ein ganz anderes, aber nicht minder wichtiges Themenfeld vertrat Maarten Zeinstra als nationaler Koordinator der Niederlande für die Organisation „Knowledge Rights 21“. Es handelt sich dabei um eine Organisation der IFLA-Stiftung, die dank eines 3-Millionen-Eurobetrags einer holländischen Stiftung, ihre Arbeit für drei Jahre weiterführen kann. Im Zentrum ihrer Arbeit steht ein europaweites Verleihrecht für E-Books. Hier ist die Gesetzeslage in den einzelnen Ländern höchst komplex. Einige Länder wie Deutschland haben ein Lizenzrechtsgesetz. Länder wie die Niederlande kennen kein entsprechendes Lizenzgesetz. Es ist wünschenswert, dass mit einer Richtlinie der EU ein einheitlicher Rechtsstandard geschaffen wird, so dass sich die E-Book-Verlage in der Ausgestaltung ihrer Verträge für alle Bibliotheken in Europa an einen einheitlichen Lizenzrechtsstandard halten müssen. Ein erneutes Aufdröseln der Urheberrechtlinie der EU wäre ein risikoreiches Unterfangen, nach Einschätzung von EBLIDA und anderen europäischen Mitstreiter-Partnerorganisationen, da deren Ausarbeitung bis zur jetzt geltenden Urheberrechtskompromisslösung fast 20 Jahre gedauert hat. Daher ist u.a. EBLIDA bei dieser Organisation nicht involviert. Dem Vorhaben eines Verleihrechts für E-Medien wird sicher seitens der Verlagsbranche steifer Gegenwind entgegenwehen und eine harte Auseinandersetzung parlamentarischer Interessenvertreter wird die Debatte prägen.

Im Bestreben, den angereisten Teilnehmenden aber auch ganz praktische Hilfe zu geben, haben EBLIDA, der slowenische Verein PINA und PL2030 ihre Kräfte gebündelt, um europäischen Bibliotheken den Zugang zu EU-Programmen zu erleichtern. „Kreatives Europa“, „Erasmus+“ und die „Citizens, Equality, Rights and Values“-Programme (CERV) auf der einen Seite und die Europäischen Struktur- und Investitionsfonds (2021–2027) sind nur einige der Programme der EU, an welche europäische Bibliotheken erfolgreich Anträge stellen können. Mit Zuschüssen aus „Erasmus+“ ist „Resourcing Libraries in the European Union“ (RL:EU) das von der EU finanzierte Projekt, das Bibliotheken den Zugang zu europäischen Fördermitteln erleichtern soll.

In einem weiteren Workshop wurde gezeigt, was die genannten Förderprogramme beinhalten und welche Formalien zu beachten sind, die bei einem zu stellenden Antrag an eines der EU-Förderprogramme berücksichtigt



werden müssen. Seit März dieses Jahres hat EBLIDA mit Inês Marques Ferreira die Stelle eines Project Officer besetzt, der den Mitgliedern bei der Antragstellung von E-Fördergeldern behilflich sein soll.

Damit schloss eine reichhaltige und interessante Tagung mit einem intensiven politischen Programmgehalt ab. Man darf gespannt sein, welche beiden Vorhaben und Programme der EU und des Europarates konkrete messbare Resultate für die Bibliotheken bringen werden. Es hat sich auch gezeigt, dass sich ohne Lobbyorganisationen in der Sache nichts bewegen wird. Bibliothekare und Bibliothekarinnen auf der einen Seite mit ihren konkreten Anliegen und die Vertreter der EU und des Europarates mit ihren Planungen und Programmen andererseits kommen aus unterschiedlichen Welten und es wird darauf ankommen, ob sie eine gemeinsame Sprache und Verständnis füreinander finden werden.

Für die perfekt organisierte Tagung und den ausgezeichneten Tagungsort in der Nationalbibliothek Luxemburg waren der luxemburgische Bibliotheksverband ALBAD und die Nationalbibliothek Luxemburg selbst verantwortlich. Sie haben auch dafür gesorgt, dass das Netzwerken in den Kaffeepausen, beim Mittagessen und während des kulinarischen Rahmens am Abend mit vielfältigen Austauschmöglichkeiten unter den angereisten Teilnehmenden nicht zu kurz kamen.

Die Einblicke in die Bibliotheken Luxemburgs wurden am letzten Tag, dem Donnerstag, 20. April, mit einer Führung durch das Luxembourg Learning Centre Belval abgerundet (siehe auch BIT-Online Heft 4, 2021).

Der Autor dankt Jean-Marie Reding, Vizepräsident ALBAD Luxemburg, für ergänzende Erläuterungen und Hinweise. |

Ein Blick in die Luxemburger Nationalbibliothek

(Foto © Stephan Holländer)



Stephan Holländer

Lehrbeauftragter, Basel
stephan@stephan-hollaender.ch